Gemeinde
Ostermundigen

FIT FÜR DIE ZUKUNFT

BEFRAGUNG PARTEIEN – ERLÄUTERUNGSBERICHT

INHALT

1. Erläuterungen 3
1.1. Befragung Parteien / Fraktionen 3
1.1.1. Workshop 3
1.1.2. Unterlagen für Workshop und Befragung 3
1.1.3. Eingabefrist der Fragebogen 3
2. Bericht zur Befragung 4
2.1. Ziel der Befragung 4
2.2. Mitwirkende 4
3. Eingaben und Stellungnahme GR 5

Präsidiales
Schiessplatzweg 1
Postfach 101
CH-3072 Ostermundigen 1

Gemeindeschreiberei
Telefon +41 31 930 14 14

www.ostermundigen.ch

1. ERLÄUTERUNGEN

1.1. BEFRAGUNG PARTEIEN / FRAKTIONEN

1.1.1. WORKSHOP

Am 30. März 2026 fand mit den Vertreterinnen und Vertretern der Parteien ein Workshop statt. Im Anschluss daran wurde bei den Parteien und Fraktionen eine Befragung mittels einem Fragebogen durchgeführt.

1.1.2. UNTERLAGEN FÜR WORKSHOP UND BEFRAGUNG

Folgende Unterlagen bildeten die Grundlage der Befragung bei den Parteien und Fraktionen:

- Kurzbericht «Fit für die Zukunft» vom 12.03.2026
- Motion «Einführung parlamentarische Initiative» vom 15. Dezember 2011
- Motion «Politische Integration von Jugendlichen» vom 23. Oktober 2014
- Postulat « Offenlegung Finanzierung von Partie-, Wahl- und Abstimmungskampagnen» vom 20. Februar 2020
- Postulat «Modernisierung der Gemeindegremien» vom 2. Mai 2024
- Postulat «StellvertreterInnenregelung für den GGR» vom 24.10.2024
- Projektbericht Uni St. Gallen vom 6. Juni 2025
- Referat Prof. Dr. Reto Steiner – GR-Klausur vom 2. Mai 2025
- Input Gemeinde Köniz für Gemeinde Ostermundigen vom 8. August 2025
- Input Gemeinde Lyss für Gemeinde Ostermundigen vom 8. August 2025
- Legislaturziele 2025-2028 Gemeinderat Ostermundigen vom 4. Juli 2025
- Vergleichstabelle Gemeinden Kanton Bern über 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Matrix Exekutive, Version Februar 2026
- Matrix Legislative, Version Februar 2026
- Matrix Kommissionen, Version Februar 2026

1.1.3. EINGABEFRIST DER FRAGEBOGEN

Während der Eingabefrist, welche bis 27. April 2026 dauert, konnten die Fragen beantwortet werden sowie weitere Anregungen und Einwände schriftlich unterbreitet werden. Die Eingaben waren an die Gemeindeverwaltung Ostermundigen, Präsidiales, Schiessplatzweg 2, 3072 Ostermundigen oder per Mail an praesidial@ostermundigen.ch zu richten.

2. BERICHT ZUR BEFRAGUNG

2.1. ZIEL DER BEFRAGUNG

Der Gemeinderat dankt für die zahlreichen Hinweise und Bemerkungen. Er nimmt diese für die weitere Projektarbeit so weit wie möglich auf.

Im vorliegenden Bericht sind alle Eingaben zusammengefasst. Der Gemeinderat hat zu den einzelnen Bemerkungen und Kritikpunkten Stellungnahmen verfasst. Grundsätzlich besteht die Aufgabe des Gemeinderats darin, eine Interessenabwägung der verschiedenen Anliegen vorzunehmen sowie die Interessen der Allgemeinheit zu wahren.

2.2. MITWIRKENDE

An der Befragung haben insgesamt 7 Parteien eine Eingabe eingereicht:

Nr.	VerfasserIn
1	EVP Ostermundigen, Renate Bolliger, renate.bolliger@hispeed.ch
2	GLP Ostermundigen, Oliver Tamas, oliver.tamas@bluewin.ch
3	SP Ostermundigen, Colette Nova, c.nova@bluewin.ch und Marcel Falk, mafalk@pm.me
4	SVP Ostermundigen, Markus Truog, markus@truog.ch
5	Grüne Ostermundigen, Adrian Tanner, tanner.a.a.@gmail.com
6	Die Mitte Ostermundigen, Synes Ernst, sernst@bluewin.ch
7	FDP Ostermundigen, Lukas Lanz, llanz81@gmail.com

3. EINGABEN UND STELLUNGNAHME GR

Legende für Kurzantworte GR: K = Kenntnisnahme; B = Berücksichtigung; tB = teilweise Berücksichtigung; NB = Nichtberücksichtigung

I Exekutive

Frage 1 Sind Sie damit einverstanden, dass die Modelle mit drei resp. neun Gemeinderatsmitgliedern nicht weiterverfolgt werden?

7 x Ja / 0 x Nein

Nr.	Abs.	Eingabe	Kurzant-wort GR	Stellungnahme GR
1	EVP	**Ja** Das 9er Modell hatten wir ja bereits, darauf zurückzukehren ist nicht sinnvoll. Das 3er Modell ist politisch zu wenig ausgewogen.	K	
2	GLP	**Ja** Es ist nicht klar, weshalb überhaupt etwas an der Exekutive geändert werden soll. Was sind die heutigen Problemfelder und Pain Points? Was funktioniert nicht gut?	K	Grundlage dieser Fragestellung liegt bei dem erheblich erklärten Postulat «Modernisierung der Gemeindegremien» vom 02.05.2024, mit welchem somit der Gemeinderat zur Prüfung beauftragt wurde.
3	SP	**Ja** ---	K	
4	SVP	**Ja** Der Wechsel vom 9er- zum 7er-Modell vor einigen Jahren war aus unserer Sicht vollkommen richtig und soll nicht rückgängig gemacht werden. Ein 3er-Modell ist für uns zu teuer und auch zu risikoreich, sollte eines der 3 GR-Mitglieder ausfallen.	K	

5	Grüne	**Ja** Das Modell mit 3 Mitgliedern ist zu wenig repräsentativ und zu wenig resilient beim Ausfall einer Person. Mit 9 Mitgliedern würde wohl durch die tiefen BGs der GRs das Ungleichgewicht gegenüber dem GP bleiben oder sich verstärken	K
6	Mitte	**Ja** ---	K
7	FDP	**Ja** ---	K

Frage 2 ***Sind sie damit einverstanden, dass von den beiden verbleibenden Modellen (fünf resp. sieben Gemeinderatsmitglieder) das Modell mit sieben Gemeinderatsmitgliedern favorisiert und gegenüber dem heutigen Modell weiterentwickelt und optimiert wird?***

5 x Ja / 2 x Nein

Nr.	Absender*In	Eingabe	Kurzantwort GR	Stellungnahme GR
1	EVP	**Ja** Wir wünschen ausdrücklich, dass das 7er Modell weiterverfolgt wird. Wir sind einverstanden, dass die verschiedenen 7er Varianten geprüft und weiterentwickelt werden. Das «CEO»-Modell findet bei uns gar keine Zustimmung. In diesem Modell würde sich unserer Meinung nach zu viel Macht konzentrieren.	K	Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein. Der Gemeinderat lehnt das CEO-Modell ebenfalls ab.
2	GLP	**Nein** kann heute nicht beantwortet werden, da die Analyse fehlt. Es ist nicht klar, weshalb überhaupt etwas an der Exekutive geändert werden soll. Was sind die heutigen Problemfelder und Pain Points? Was funktioniert nicht gut? Was kann am heutigen Modell weiterentwickelt werden, damit was besser werden soll?	K	Grundlage dieser Fragestellung liegt bei dem erheblich erklärten Postulat «Modernisierung der Gemeindegremien» vom 02.05.2024, mit welchem somit der Gemeinderat zur Prüfung beauftragt wurde.
3	SP	**Nein** Um diese Frage beantworten zu können, braucht es eine fundierte, transparente und unabhängige Analyse der Stärken und Schwächen der beiden Modelle und eine Festlegung von Projektzielen. All dies liegt nicht vor. Wir verlangen eine entsprechende Analyse, weil das jetzige Modell offensichtliche Schwächen hat: Nach unserer Einschätzung können die nebenamtlichen Mitglieder des GR wegen ihrem tiefen entschädigten Pensum zu wenig gestalten. Sie können ihre/n Abteilungsleiter/in politisch nur etwas begleiten; in der Folge hat der Gemeindepräsident in vielen Geschäften einen zu starken Einfluss. Nach einhelligen Aussagen umfasst die Mitarbeit im GR ca. 40% (Entlöhnung für 20%). Für voll berufstätige Personen ist das Pensum zu	K	Aus den Erfahrungen der letzten Reorganisationsprojekte («Projekt 357» und Behörden- und Verwaltungsreorganisation) wurde bewusst zuerst die Frage der Exekutivgrösse im Gemeinderat vertieft diskutiert. Dies mit der Zielsetzung, die Frage der Exekutivgrösse in einem ersten Schritt zu klären. Nachgelagert sollen allfällige Optimierungen in der Aufbaustruktur und in den Prozessen und Abläufen vorgenommen werden. Die Analyse des Einflusses des Gemeindepräsidenten auf verschiedene Dossiers ist korrekt.

		hoch und umgekehrt ist das Einkommen zu tief, um davon zu leben. Das macht es für berufstätige/angestellte Personen unattraktiv oder unmöglich, sich im GR zu engagieren. Wir verlangen aus diesen Gründen, dass das Modell mit 5 vollamtlichen GR-Mitgliedern vertieft geprüft wird und ggf. auch ein 7er Modell mit höherem Pensum für die nebenamtlichen GR-Mitglieder (inkl. der Prüfung der Aufgaben der GR-Mitglieder).		Diese Tatsache entspricht den geltenden Gemeinderegulativen, gemäss welchen der Gemeindepräsident die Exekutive und die Verwaltung führt. Er entlastet dabei die nebenamtlichen Exekutivmitglieder. Der Gemeinderat hält an seiner Stossrichtung, das heutige 7er Modell zu vertiefen, fest. Dabei sollen ebenfalls die Aufgaben der Gemeinderatsmitglieder allenfalls ergänzt und präzisiert werden. In einem weiteren Schritt sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten den heutigen und zukünftigen Gegebenheiten angepasst werden. Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein.
4	SVP	**Ja** Wir erachten das heutige «operative Modell» als gut funktionierend und die Belastung für die einzelnen GR-Mitglieder als tragbar.	K	
5	Grüne	**Ja** Aufgrund der uns bisher bekannten Argumente favorisieren wir klar das Modell mit 7 GR-Mitgliedern, da damit die Repräsentativität der verschiedenen Parteien im GR besser berücksichtigt wird. Zudem wäre aus unserer Sicht in allen Fällen eine Erhöhung der BGs der GRs nötig, um die Arbeitslast besser abzubilden und das Ungleichgewicht zwischen GP und GR abzumildern. Innerhalb des 7-er-Modells favorisieren wir die Variante mit der Erhöhung BG auf 40% bei GR. Die Variante Pool scheint auf den ersten Blick interessant, doch müsste aus unserer Sicht sichergestellt werden, dass die Verteilung der freien Stellenprozente nach objektiven, nach-	K	In einem nächsten Schritt sollen die Aufgaben der Gemeinderatsmitglieder allenfalls ergänzt und präzisiert werden. Zudem sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten den heutigen und zukünftigen Gegebenheiten angepasst werden. Der Gemeinderat teilt die Einschätzung, dass in gewissen Themenbereichen ein Ungleichgewicht zwischen Präsident und Ratsmitgliedern besteht. Eine ausgewogenere Verteilung soll in der Überprüfung angestrebt werden.

		vollziehbaren Kriterien erfolgt. Diesbezügliche Vorschläge würden wir wohlwollend prüfen. Innerhalb des 5-er-Modells favorisieren wir die Variante mit der Erhöhung der BG auf 80%. Bei den Kosten müsste aus unserer Sicht nachvollziehbar begründet wer-den, warum es bei fehlenden Abteilungsleitenden trotz erhöhten BG der GR-Mitglieder zusätzliche Bereichsleitende [Stufe darunter] bräuchte (mündliche Aussage am 30. März) bzw. falls ja, womit sich die Gemeinderäte während der zusätzlichen Arbeitszeit befassen würden (wenn nicht mit Leitungsfunktionen), mit einer Beschreibung des erwarteten Mehrwertes. In der Übersichtstabelle wird ausserdem bei den 5-er-Modellen die Wahl nach dem Majorzverfahren vorgesehen. Dies sollte ggf. aus unserer Sicht ebenfalls diskutiert werden, da es auch Gemeinden mit einer 5-er-Exekutive gibt, welche im Proporzverfahren gewählt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die 7-er-Modelle, wobei uns das Proporzmodell allgemein besser geeignet scheint, um eine breite Vertretung zu gewährleisten.		Der Gemeinderat hält an seiner Stossrichtung, das heutige 7er Modell zu vertiefen, fest. Deshalb wird das 5er Modell nicht weiterverfolgt. Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein. Beim 7er Modell schlägt der Gemeinderat vor, das bisherige Wahlprozedere (GP = Majorz und GR = Proporz) beizubehalten.
6	Mitte	**Ja** Die Mitte Ostermundigen spricht sich gegen eine Verkleinerung des Gemeinderats auf fünf Mitglieder aus. Kleinere bis mittlere Parteien hätten so kaum mehr eine Chance auf eine Vertretung im Gremium, was zu einer Konzentration auf die Macht von zwei Grossen führen würde. Eine Mitgliederzahl von 7 bietet aus unserer Sicht bessere Voraussetzungen für eine breitere politische Abstützung des Gemeinderats. Vor diesem Hintergrund begrüsst die Mitte die Beibehaltung des heutigen Modells mit 7 Mitgliedern. Wir sind jedoch überzeugt, dass es weiterentwickelt und optimiert werden muss, um den aktuellen Herausforderungen gewachsen zu sein. Mehr Effizienz darf allerdings nicht nur vom Gemeinderat gefordert werden, sondern auch in Bezug auf das Zusammenspiel zwischen dem Gemeinderat und den Abteilungen.	K	In einem nächsten Schritt sollen die Aufgaben der Gemeinderatsmitglieder allenfalls ergänzt und präzisiert werden. Zudem sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten den heutigen und zukünftigen Gegebenheiten angepasst werden. Damit verbunden sollen auch Effizienzgewinne in der Verwaltung angestrebt werden.

		Entsprechend sind alle erwähnten Entwicklungsschritte, auch das sogenannte «Pool-Modell», auf den daraus resultierenden Effizienzgewinn zu hinterfragen. Vor allem müssen alle Schnittstellen klar geregelt sein, damit daraus keine Kompetenzgerangel entstehen, die den Betrieb und Entscheidungsabläufe im Alltag erfahrungsgemäss nur lähmen werden.		
		Damit das «Pool-Modell» abschliessend beurteilt werden kann, müsste der Gemeinderat seine Vorstellungen noch konkreter formulieren. Nach welchen Kriterien werden die zusätzlichen Mittel verteilt? Werden zusätzliche Stellen geschaffen? Gibt es Gemeinden, welche ein «Pool-Modell» bereits kennen?		Das Pool-Modell und eine Erhöhung der «Pensen» muss in der nächsten Projektphase vertieft werden.
		Angesichts der möglichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des «Pool-Modells» ist nach Meinung der Mitte die Erhöhung der Pensen für die GR-Mitglieder von heute 20% auf 40% zu überlegen. In Bezug auf die finanziellen Auswirkungen unterscheiden sich die beiden Modelle kaum. Wünschenswert wäre bei Erhöhung der Pensen, auf eine gleichmässige Belastung der einzelnen GR-Mitglieder zu achten. Dazu wäre im Vergleich zu heute u.U. eine andere Verteilung der Aufgaben nötig.		Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, mit welchem somit der Gemeinderat beauftragt wurde.
		Das von der ALK ins Spiel gebrachte «Götti-System» lehnt die Mitte ab, weil dadurch eine unübersichtliche Gemengelage mit unklaren Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geschaffen wird.		Der Gemeinderat lehnt den Vorschlag der ALK ebenfalls ab.
7	FDP	**Ja** ---	K	

II Legislative

Frage 3 Befürworten Sie eine Reduktion der aktuellen Mitgliederzahl von 40 im Grossen Gemeinderat auf 35 oder 30 Parlamentsmitglieder?

0 x Ja / **7 x Nein**

Nr.r	Absender*In	Eingabe	Kurzantwort GR	Stellungnahme GR
1	EVP	**Nein** Eine Reduktion auf 35 oder 30 Parlamentsmitglieder benachteiligt die kleineren Parteien. Die Abbildung der Meinungsvielfalt in der Bevölkerung würde darunter leiden.	K	Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Arbeiten zur Reduktion der Anzahl Mitglieder des Grossen Gemeinderates.
2	GLP	**Nein** resp. kann ich heute nicht beantworten, da die Analyse fehlt. Es ist nicht klar, weshalb überhaupt etwas an der Legislative geändert werden soll. Was sind die heutigen Problemfelder und Pain Points? Was funktioniert nicht gut?	K	Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Arbeiten zur Reduktion der Anzahl Mitglieder des Grossen Gemeinderates.
3	SP	**Nein**, aber eine geringe Reduktion auf 35 ist denkbar. Um die Breite der Gesellschaft bzw. der Parteienlandschaft abzubilden, hat sich die Grösse mit 40 Mitgliedern bewährt. Eine leichte Reduktion ist denkbar.	K	Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Arbeiten zur Reduktion der Anzahl Mitglieder des Grossen Gemeinderates.
4	SVP	**Nein** Die Repräsentation der Wählenden wäre bei einem kleineren Parlament kleiner. Zudem hätten kleinere Parteien bestimmt weniger Chancen, Mitglieder in ein kleineres Parlament stellen zu können. Wir begrüssen die Meinungsvielfalt im heutigen Parlament mit 40 Mitgliedern. Und auch der Gemeindevergleich zeigt, dass ähnlich grosse Gemeinden mit Parlamenten auch 40 Mitglieder haben.	K	Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Arbeiten zur Reduktion der Anzahl Mitglieder des Grossen Gemeinderates.
5	Grüne	**Nein** Wir sind diesem Vorschlag gegenüber eher ablehnend eingestellt, da wir eine Abnahme der Repräsentativität befürchten. Von den anderen Gemeinden im Kanton Bern haben mit Ausnahme von	K	Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Arbeiten zur Reduktion der Anzahl Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

		Steffisburg, Münsingen und Spiez (alle kleiner als Ostermundigen) alle 16 Gemeinden mit mehr als 9000 Einwohnenden 40 oder mehr (Bern und Biel) Parlamentsmitglieder. Um die Suche nach Kandidierenden zu vereinfachen scheint uns ein Modell mit Stellvertretungen, auch für einzelne Sitzungen (z.B. nach dem Modell Chur oder Genf), besser geeignet. (Siehe auch Bemerkungen zur Frage 4 bzgl. Eigenständigkeit der Legislative) Falls eine Erhöhung der Entschädigungen in Betracht gezogen wird, soll der abschliessende Entscheid auf jeden Fall vom Stimmvolk gefällt werden, und allenfalls auch erst auf die folgende Legislatur umgesetzt werden, denn die Erhöhung der Entschädigung eines Gremiums durch dieses selbst hätte einen unschönen Nebengeschmack.		In Bezug auf den Punkt der Stellvertretungs-Regelung wird der Gemeinderat bei der nächsten Revision der Regulative dem Grossen Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Die Anpassung der Entschädigung für die Gremien liegt in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates mit fakultativem Referendum. Der Grosse Gemeinderat kann jedoch den Entscheid freiwillig den Stimmberechtigten vorlegen.
6	Mitte	**Nein** Die heutige Grösse von 40 Mitgliedern ist für die Mitte ideal. Sie gewährleistet eine einigermassen faire Repräsentation der massgebenden politischen Kräfte in der Gemeinde. Die Grösse erlaubt auch – bei kompetent-straffer Führung einerseits und Selbstdisziplin bei den Ratsmitgliedern – effizientes Arbeiten. Eine Reduktion brächte keinen merklichen Mehrwert für die Gemeinde.	K	Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Arbeiten zur Reduktion der Anzahl Mitglieder des Grossen Gemeinderates.
7	FDP	**Nein** Eine Reduktion der Parlamentsmitglieder reduziert die aktuell breite und vielfältige politische Meinungsbildung und konzentriert die parlamentarische Arbeit auf weniger Köpfe mit entsprechend reduziertem Zeitbudget. Auch könnte dies dazu führen, dass weniger Parlamentsmitglieder in Kommissionen Einsitz nehmen und somit der Aus-tausch erschwert wird.	K	Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Arbeiten zur Reduktion der Anzahl Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

III Kommissionen

Frage 4 ***Der Gemeinderat kann sich in Bezug auf die Kommissionen in Ostermundigen sowohl eine Reform wie auch den Status Quo vorstellen. Befürworten Sie eine Überprüfung der Kommissionen resp. deren Anzahl?***

5 x Ja / 2 x Nein

Nr.	Absender*In	Eingabe	Kurzantwort GR	Stellungnahme GR
1	EVP	**Nein** Die Kommissionen sind für die demokratische Mitwirkung sehr wertvoll. Unser Milizsystem bietet den Parteien Mitbestimmung und eine breitere Abstützung in der Bevölkerung. Die demokratischen Prozesse sollten nicht abgekürzt werden. Die Mitwirkung in den Kommissionen ist für uns als EVP sehr interessant und bereichernd.	K	
2	GLP	**Ja** Welche Kompetenzen braucht es in einer Kommission? Können die Kommissionen professionalisiert werden? Es braucht noch eine Analyse, was heute gut und was schlecht läuft mit den Kommissionen.	K	Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten. Dabei sollen auch die heutigen Schwachpunkte der Kommissionsarbeiten analysiert werden. Ebenfalls sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geprüft werden.
3	SP	**Ja**, unbedingt In Ostermundigen gibt es zu viele politische Posten zu besetzen. Bei den Kommissionen (nicht beim GGR) soll es eine Reduktion aufs Wesentliche geben. Auch die Zusammenlegung von Kommissionen ist prüfenswert (etwa Planung und Hochbau). Bei vielen Kommissionen stimmen Auftrag und Zusammensetzung nicht zusammen. In der Schulkommission werden Entscheide (etwa	K	Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten. Dabei sollen auch die heutigen Schwachpunkte der Kommissionsarbeiten analysiert werden. Ebenfalls sollen die Aufgaben,

		bezüglich Disziplinarmassnahmen bzw. Einsprachen/Einteilung) getroffen, mit denen ein Laiengremium überfordert ist. Hier braucht es eine Professionalisierung, sprich eine Übernahme gewisser Aufgaben durch die Verwaltung. Andere Kommissionen (etwa Hoch-/Tiefbau) verstehen sich als Fachkommissionen und haben entsprechende Aufgaben, sind aber nicht nach fachlichen Kriterien zusammengesetzt. Schlussfolgerung: für jede Kommission sind Auftrag und Rolle zu klären und die Zusammensetzung entsprechend zu regeln. Unklar ist das Zusammenspiel von Kommissionen und GGR; dieses ist zu klären.		Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geprüft werden.
4	SVP	**Nein** Der Status Quo stimmt aus unserer Sicht nach wie vor. Die Kommissionen sind aus unserer Sicht für die Vorbereitung der Gemeinderatsgeschäfte wertvoll und deshalb nicht verzichtbar.	K	
5	Grüne	**Ja** Eine Debatte über die Kommissionen erscheint uns angebracht angesichts der Schwierigkeiten aller Parteien, die Sitze zu besetzen. Aus unserer Sicht müsste insbesondere aus der Sicht der Gewaltenteilung angestrebt werden, die Kommissionen dem GGR anzugliedern. Das Sekretariat dieser Kommissionen könnte in diesem Zusammenhang mit einem administrativ eigenständigeren GGR-Sekretariat zusammengeführt werden, welches dank dieser Bündelung eine kritische Grösse erreichen würde, um eigenständig zu funktionieren und damit auch die Gewaltenteilung und die Autonomie des Parlamentes zu stärken, was die Suche nach Kandidierenden ebenfalls vereinfachen könnte. Wir wären an einer Übersicht interessiert, welche Gemeinden bereits ein System mit parlamentarischen Kommissionen kennen (abgesehen von der GPK).	K	Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten. Dabei sollen auch die heutigen Schwachpunkte der Kommissionsarbeiten analysiert werden. Ebenfalls sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geprüft werden.

6	Mitte	**Ja** Kommissionen, in denen es um politische Fragestellungen geht, müssen beibehalten werden, zum Beispiel die Planungskommission. Ebenso Kommissionen, die bei heiklen Fragen zwischen Betroffenen und Behörden/Verwaltung eine Vermittlerrolle ausüben können, wie zum Beispiel die Schulkommission. Diese dient auch dem Schutz der Verwaltung. Bei verwandten Fachgebieten (Hochbau/Tiefbau) ist eine Zusammenlegung der beiden bestehenden Kommissionen zu prüfen. Denkbar ist auch eine Integration von Fachkommissionen in Ständige Kommissionen. Bei Veränderungen im Bereich der Kommissionen sind immer auch die Auswirkungen auf Gemeinderat, Grossen Gemeinderat und Abteilungen zu prüfen (Effizienz und Belastung).	K	Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten. Dabei sollen auch die heutigen Schwachpunkte der Kommissionsarbeiten analysiert werden. Ebenfalls sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geprüft werden.
7	FDP	**Ja** Prüfung welche Entscheidungskompetenzen zwingend durch ein politisch legitimiertes Organ gefällt werden sollen. Nutzen von Synergien, z.B. Baufachleute in Hoch- und Tiefbauthemen einbeziehen.	K	Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten. Dabei sollen auch die heutigen Schwachpunkte der Kommissionsarbeiten analysiert werden. Ebenfalls sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geprüft werden.

Frage 5 Begrüssen Sie eine Überprüfung der Anzahl Mitglieder pro Kommission?

4 x Ja / 3 x Nein

Nr.	Absen-derIn	Eingabe	Kurzant-wort GR	Stellungnahme GR
1	EVP	**Nein** Auch hier finden wir es als EVP nicht zielführend, die Anzahl Kommissionsmitglieder pro Kommission zu kürzen. Auch hier würden für uns als kleinere Partei Sitze in Kommissionen verloren gehen, was wir sehr bedauern würden.	K	
2	GLP	**Ja** Welche Kompetenzen braucht es in einer Kommission? Können die Kommissionen professionalisiert werden? Es braucht noch eine Analyse, was heute gut und was schlecht läuft mit den Kommissionen.	K	Diese Frage ist vertieft im Kontext mit der Anzahl der Kommission zu klären. Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten.
3	SP	**Ja** Wichtiger ist es, die Anzahl der Kommissionen, deren Aufgaben und Zusammensetzung zu prüfen und danach die Frage der Anzahl Mitglieder zu klären.	K	Diese Frage ist vertieft im Kontext mit der Anzahl der Kommission zu klären. Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten.
4	SVP	**Nein** Die Mitgliederzahl von 7 + 1 Ausländervertretung erachten wir als gut. Damit sind die Parteien möglichst gleichmässig in den Kommissionen vertreten. Es ist aus unserer Sicht aber wünschenswert, wenn die Parteien Mitglieder in die Kommissionen schicken, welche Kenntnis von der Materie haben, welche in der Kommission behandelt wird.	K	

5	Grüne	**Ja** Einer Überprüfung mit Pro- und Kontraargumenten widersetzen wir uns nicht; sie sollte aber der Frage, ob die Kommissionen dem Parlament angegliedert werden sollen, untergeordnet werden.	K	Diese Frage ist vertieft im Kontext mit der Anzahl der Kommission zu klären. Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten.
6	Mitte	**Nein** nicht zwingend.	K	
7	FDP	**Ja** Basierend auf den evtl. Veränderungen gemäss Punkt 4	K	Diese Frage ist vertieft im Kontext mit der Anzahl der Kommission zu klären. Der Gemeinderat setzt nach dem geplanten Grundsatzentscheid vom 17.09.2026 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Parteien ein, um verschiedene Varianten zu diskutieren und zu erarbeiten.

IV Schlussbemerkungen

Frage 6 Haben Sie abschliessend weitere Bemerkungen oder Anliegen zu diesem Projekt?

Nr.	Absenderln	*Eingabe*	Kurzantwort GR	Stellungnahme GR
1	EVP	Die letzte Behörden- und Verwaltungsreform ist noch nicht so lange her. Diese war mit grossen Umwälzungen und sehr viel Unruhe verbunden (Zusammenlegung der Abteilungen Soziales und Vormundschaft/Justiz). Wir sind deshalb der Meinung, dass auf grosse Umstellungen verzichtet werden sollte. Dass es für den Gemeinderat Anpassungen braucht, stellen wir nicht in Abrede, optimierte Varianten sollen geprüft werden. Aber was im Grossen und Ganzen gut funktioniert, muss nicht auf den Kopf gestellt werden.	K	
2	GLP	Aus Sicht der GLP macht das ganze Projekt ohne vorgängige Analyse wenig Sinn. Es gilt zuerst aufzuarbeiten, was mit dem Projekt verbessert werden soll. Ohne Schwächen/Pain-Points und konkreten Handlungsfelder können die Optionen nicht bewertet werden.	K	Der Gemeinderat verzichtet vorerst auf eine detaillierte Analyse. Grundlage ist die Beantwortung der Fragestellung beim erheblich erklärten Postulat «Modernisierung der Gemeindegremien» vom 02.05.2024, mit welchem somit der Gemeinderat zur Prüfung beauftragt wurde.
3	SP	Wir empfinden das Projekt «Fit für die Zukunft» als überhaupt nicht fit. Es ist kein Gestaltungs- und Veränderungswille spürbar, um dem stark gewachsenen Ostermundigen adäquate und zeitgemässe politische Strukturen zu geben. Bereits die Analyse ist schwach und es wurde versäumt klare Projektziele festzulegen. Das Ziel scheint, die Fragen möglichst rasch vom Tisch zu haben und insbesondere in der Exekutive nichts zu verändern. Die bisherigen Resultate bringen die Frage auf den Tisch, ob der GR sich selbst reformieren kann. Deshalb ist eine Projekt-	K	Aus den Erfahrungen der letzten Reorganisationsprojekte («Projekt 357» und «Behörden- und Verwaltungsreorganisation») wurde bewusst zuerst die Frage der Exekutivgrösse im Gemeinderat vertieft diskutiert. Dies mit der Zielsetzung, die Frage der Grösse der Exekutive in einem ersten Schritt zu klären. Nachgelagert sollen Optimierungen in den Prozessen und Abläufen vorgenommen werden.

		struktur mit starker Verankerung ausserhalb des Gemeinderates zu prüfen (etwa Projektleitung bei GGR-Spezialkommission gemäss Art. 24/25 der GO GGR). Wir regen an, eine Amtszeitbeschränkung für GR-Mitglieder und ein Rotationsverfahren für die Rolle Vizepräsident:in zu prüfen. Die GGR-Entschädigungen sollten ebenfalls überprüft werden und im Minimum ist eine Anpassung an die Teuerung vorzunehmen.		Eine Spezialkommission bindet interne und externe Ressourcen, die zu Lasten der laufenden Projekte und den Interessen der Bevölkerung zuwiderläuft. Die «Behörden- und Verwaltungsreform» von 2007-2018, mit Einsetzung einer Spezialkommission, hat rund CHF 450'000.00 gekostet. Dabei nicht eingerechnet sind die Kosten des abgebrochenen «Projektes 357». Der Gemeinderat lehnt eine solche Spezialkommission, auch aus organisatorischen Gründen (Verfügbarkeit GGR-Mitglieder), ab. Die Amtszeitbeschränkung wurde im Rahmen der letzten «Behörden– und Verwaltungsreform» (Umsetzung ab 2013) für die Legislative und die Exekutive abgeschafft (Volksbeschluss 15.05.2011). Das Rotationsverfahren des Vizepräsidiums kann in einem nächsten Schritt geprüft werden.
4	SVP	Aus unserer Sicht besteht zurzeit kein Leidensdruck, weshalb für uns der Zeitpunkt für grosse Änderungen nicht gegeben ist. Selbstverständlich begrüssen wir bei Bedarf «Justierungen» am bestehenden System, dies sollen aber mit Augenmass erfolgen. Und nach Abschluss der noch anstehenden, grösseren Vorhaben (u.a. Tram, Verwaltungszentrum) können gut wieder einmal mögliche Änderungen geprüft werden.	K	
5	Grüne	Die bisher verfügbaren Unterlagen lassen, gerade auch im Vergleich zu anderen Projekten der Gemeinde, einen gewissen Tiefgang vermissen.	K	Wir können diese kritische Bemerkung nachvollziehen. Eine Spezialkommission bindet interne und externe Ressourcen, die zu Lasten der laufenden

		Falls der Gemeinderat aufgrund der zahlreichen anderen Baustellen keine Kapazitäten findet, um sich mit diesem Thema vertieft auseinanderzusetzen, würde es sich allenfalls lohnen, auf Grundlage von Artikel 24 der Geschäftsordnung eine dem GGR angeschlossene Spezialkommission damit zu beauftragen.		Projekte und den Interessen der Bevölkerung zuwiderläuft. Die «Behörden- und Verwaltungsreform» von 2007-2018, mit Einsetzung einer Spezialkommission, hat rund CHF 450'000.00 gekostet. Dabei nicht eingerechnet sind die Kosten des abgebrochenen «Projektes 357». Der Gemeinderat lehnt eine solche Spezialkommission, auch aus organisatorischen Gründen (Verfügbarkeit GGR-Mitglieder), ab.
6	Mitte	Die Mitte Ostermundigen begrüsst es, dass der Gemeinderat das Projekt «Fit für die Zukunft» zügig an die Hand genommen hat. Er verzichtet dabei auf eine umfassende Aufnahme des Status Quo. Zu Recht. Ziel des Projekts ist ja nicht ein radikaler Wechsel der Behörden- und Verwaltungsstruktur, sondern eine sanfte Renovation. Weil die Verantwortlichen wissen, wo der Schuh drückt und wo Veränderungen nötig sein, braucht es unseres Erachtens vorgängig keine teuren Ist-Analysen.	K	
7	FDP	---	K	